

Aachener Nachrichten vom 04.02.2016, S. 10

Städte zweifeln an Flüchtlingszahlen

Opposition spricht von „Rechenfehler“: Quoten künstlich hochgerechnet?

Düsseldorf. Die CDU-Opposition im nordrhein-westfälischen Landtag hat der Landesregierung massive Fehler bei Verteilung der Flüchtlinge auf die Kommunen vorgeworfen. Es verdichte sich immer mehr der Eindruck, dass das zuständige Innenministerium bei der Zuweisung der Asylsuchenden an Städte und Gemeinden „Rechenfehler begangen“ habe, erklärte CDU-Fraktionsvize Andre Kuper am Mittwoch in Düsseldorf.

Zuvor hatten die Großstädte Düsseldorf, Köln und Essen kritisiert, die Berechnungen des Landes für die Flüchtlings-Zuweisun-

gen seien „schlichtweg falsch“. Das Land gehe für das Jahr 2015 von 304 517 Flüchtlingen aus. Tatsächlich seien in diesem Zeitraum aber nur 217 671 Geflüchtete aufgenommen worden.

Die falsche Größenordnung komme zustande, weil die 86 846 Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes einfach hinzu addiert worden seien, erklärte der Düsseldorfer Sozialdezernent Burkhard Hintzsche. Dadurch würden die Aufnahmequoten für die Kommunen künstlich hochgerechnet. So sollen der Stadt Köln, die im vergangenen Jahr

11 200 Flüchtlinge aufgenommen hat, weitere 7050 Menschen zugewiesen werden, um das gesetzliche Aufnahmesoll zu erfüllen.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) scheinne inzwischen bei der Zuweisung der Flüchtlinge an die Städte und Gemeinden „die Übersicht verloren“ zu haben, sagte CDU-Fraktionsvize Kuper. Gleiches gelte für die Verteilung der Flüchtlingspauschalen. Die Zuweisung dieser Leistung erfolge für lediglich 181 134 Asylsuchende, obwohl im Januar in NRW bereits weitere 35 000 Menschen aufgenommen worden seien. (kna)

Kölner Stadtanzeiger vom 04.02.2016, S. 8

Land räumt umstrittene Rechenformel ein

FLÜCHTLINGE Großstädte erbost über Berechnung ihrer Kontingente – Opposition sieht Chaos

VON FABIAN KLASK
UND DETLEF SCHMALENBERG

Düsseldorf. Die verstärkte Zuteilung von Flüchtlingen auf einzelne Großstädte sorgt weiter für Diskussionen. Die FDP im Landtag wirft dem Innenministerium vor, für ein „Verteilchaos“ im Land verantwortlich zu sein. Es habe immer mehr den Anschein, sagt auch der CDU-Flüchtlingsexperte André Kuper, als habe das Haus von Innenminister Ralf Jäger (SPD) einen Rechenfehler begangen. Die CDU hat inzwischen einen langen Fragenkatalog an Jäger verschickt und verlangt schnelle Aufklärung.

Die für die Verteilung der Asylbewerber zuständige Bezirksregierung Arnberg bestätigte am Mittwoch dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ ihre umstrittene Rechenformel, die in den Rathäusern vieler Großstädte seit Wochen für Unmut sorgt: Zu den 217 600 Flücht-

lingen, die sich laut Statistik Ende 2015 in den Kommunen aufgehäuft haben, zählt das Land noch seine 86 600 Plätze in den eigenen Unterkünften hinzu – unabhängig davon, ob diese belegt sind oder nicht. Auf Basis dieser wohl deutlich zu hohen Gesamtsumme von 304 200 indes wurde die Zahl der Menschen festgelegt, die jede einzelne Stadt unterbringen muss.

Dass sie mit den Berechnungen des Landes nicht einverstanden sind, haben die Verantwortlichen in mehreren nordrhein-westfälischen Städten auf Anfrage bereits bestätigt. Die offiziellen Angaben würden „nicht anerkannt“, heißt es beispielsweise in Essen. „Auch wir glauben, dass die Zahlen falsch sind“, sagte ein Sprecher des Sozialdezernats in Köln. Und der Düsseldorfer Beigeordnete Burkhard Hintzsche schloss selbst

juristische Schritte gegen das Land nicht aus, sollte es zu keiner Einigung kommen.

Anlass für den Streit, der sich nun in eindeutigen Mahnschreiben und Einladungen zu „Zielvereinbarungsgesprächen“ mit dem Land äußert, ist eine Fehlentwicklung aus dem vergangenen Jahr: Das Innenministerium hat 2015 bei der Zuweisung von Asylbewerbern vor allem die Metropolen verschont. Sie mussten weniger Menschen unterbringen, als der landesweite Verteilschlüssel eigentlich vorsieht. Diese Lücke soll nun geschlossen werden.

Auch CDU und FDP verlangen seit Monaten, „die ungerechte Verteilungspraxis“ aus dem vergangenen Jahr zu korrigieren. Weil Jägers Beamte nun aber mit den falschen Zahlen rechneten, stehe in-

zwischen der gesamte Verteilmechanismus infrage, heißt es. Man versuche quasi einen Fehler mit dem nächsten zu heilen. „Die Vorgehensweise des Innenministeriums zeigt, dass die Verantwortlichen den Überblick verloren haben, wie viele Flüchtlinge überhaupt im Land sind und um wen es sich dabei handelt“, meint CDU-Innenpolitiker Gregor Golland.

Monika Düker, Flüchtlingsexpertin der Grünen, wollte sich nicht zum Zahlenstreit äußern. Grundsätzlich aber habe sie Verständnis dafür, dass nun Großstädte wie Köln und Düsseldorf, die ihre Unterbringungsquote bisher nur zu etwa 60 Prozent erfüllen, aufholen müssten. Auch die Arnberger Bezirksregierung verteidigt sich: Die verwendete Rechenformel stehe so im NRW-Flüchtlingsgesetz, sagte ein Sprecher.